

Donnerstag
13. Februar 2014

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
122. Jahrgang Nr. 36

Whiskey Jim Beam wird nach Japan verkauft. Laut Kennern das Beste, was der traditionellen US-Marke passieren konnte. 8



Sotschi 2014 Dominique Gisin holte in der Abfahrt Gold, Lara Gut (l.) wurde Dritte – obwohl sie die zweitschnellste Zeit fuhr. 41–44



Das Volk soll über den bilateralen Weg abstimmen

Der ehemalige Schweizer Chefunterhändler Ambühl skizziert einen Ausweg aus dem Streit mit der EU.

Von Patrick Feuz und Stefan Häne

Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative wirkt heftig nach: Der Volksentscheid habe «ernsthafte Konsequenzen» für die Beziehungen zwischen der Schweiz und den 28 EU-Mitgliedsstaaten, sagte gestern EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Er sprach von der Möglichkeit, dass Schweizer Bürger das Recht verlieren könnten, in der EU zu leben und zu arbeiten. In Bern beschloss der Bundesrat gleichentags, bis Juni einen Vorschlag für die Umsetzung der SVP-Initiative vorzulegen. Derweil kündigte er eine diplomatische Sondierungs- und Erklärungsmission an.

Die Folgen des Ja

Kommentar: Die EU und die Schweiz werden eine gemeinsame Lösung finden. – Seite 2

Streit um die Rolle der SVP bei der Umsetzung ihrer Initiative. – Seite 2–4

Analyse: Ein offener Brief an die Minderheit der Nein-Stimmer. – Seite 9

Das Volk hat entschieden. Die Verantwortung dafür schiebt es weiter. – Seite 23

Die Pharmafirma CSL überdenkt Entscheid, hier Millionen zu investieren. – Seite 37

Einen möglichen Ausweg aus dem Streit mit der EU skizzierte Michael Ambühl, seinerzeit Chefunterhändler bei den Bilateralen II, gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Am besten sei es, «jetzt rasch einen Vorschlag für ein Steuersystem auszuarbeiten, das mit der Personenfreizügigkeit so weit wie möglich kompatibel» sei.

Die Diskussionen mit der EU über diesen Vorschlag könnten «Teil einer Art koordinierter oder paralleler Verhandlungen sein, in denen wir auch die anderen ungeklärten Fragen mit der EU regeln», erklärt Ambühl, heute ETH-Professor für Verhandlungsführung und Konfliktmanagement. Im Fall eines Referendums könnte dann laut dem ehemaligen Diplomaten das Volk über das Verhandlungsergebnis abstimmen, in Form eines Gesamtpaketes oder einzelner Teile. «Es wäre letztlich ein Grundsatzentscheid darüber, ob wir am bilateralen Weg festhalten wollen oder nicht.»

Für FDP-Ständerat Felix Gutzwiller wäre eine Volksabstimmung über ein solches Gesamtpaket «wünschenswert». Allerdings sei der Weg zu einer solchen



Lösung weit. Dazu müsste die EU bereit sein, über die institutionellen Fragen weiter zu verhandeln. Zudem sei die Zeit knapp. Es werde wohl Herbst werden, bis nach den Europawahlen vom Mai die neue EU-Kommission einigermassen funktioniere. CVP-Präsident Christophe Darbellay bezeichnete Ambühls Vorschlag als «im Moment ziemlich illusorisch». SVP-Nationalrat Luzi Stamm

erklärte, falls man mit einem solchen Paket das Volk nochmals über die Personenfreizügigkeit abstimmen lassen wolle, komme das nicht infrage. Gegen ein Weiterverhandeln über offene Dossiers sei aber nichts einzuwenden.

Kakofonie in der SP

Während sich der Bundesrat nun an die Arbeit macht, wartet SP-Präsident

Christian Levrat bereits mit Umsetzungsvorschlägen auf. Abgesprochen hat er sein gestern veröffentlichtes 10-Punkte-Programm mit der Parteileitung nicht, wie Recherchen des «Tages-Anzeigers» zeigen. Wichtige Exponenten seiner Partei wollten es nach der Abstimmungsniederlage der SVP überlassen, Lösungen zu erarbeiten. Aus der Partei kommen noch weitere Vorschläge.

Die heimliche Hilfe Schwedens für die Gripen-Kampagne

Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP) soll Schweden um Unterstützung im Abstimmungskampf um die Gripen-Flugzeuge gebeten haben. Das geht aus Dokumenten hervor, die der schwedische Botschafter in Bern zuhänden seiner Vorgesetzten verfasste. Schweden hat eine Liste mit 30 PR-Anlässen vorgelegt, die von Maurer abgesegnet wurde. Darunter sind Flugshows aufgeführt, die als «militärische Kooperation» deklariert sind, Pressereisen, Schweden-Wochen und als Höhepunkt ein Besuch der schwedischen Kronprin-

zessin. Schweden wäre der Vertragspartner der Schweiz, wenn das Volk am 18. Mai dem Geschäft zustimmt.

Thomas Hurter, SVP-Nationalrat und Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, sagte, Schweden soll die Schweiz einzig mit Know-how unterstützen. Alles andere wäre kontraproduktiv. Tatsächlich glauben die gegnerischen Komitees, dass Maurers Vorgehen sich zu ihren Gunsten auswirkt. Die Schweizer sähen es nicht gerne, wenn sich andere Länder in den Abstimmungskampf einmischten. (jho) – Seite 5

Im Wahlkreis 9 wird nachgezählt

Die Stimmen des Wahlkreises 9 werden nachgezählt. Dies hat der Stadtrat gestern beschlossen. Bei den Gemeinderatswahlen vom Wochenende erreichte die EVP in Albisrieden und Altstetten auf die Stimme genau 5 Prozent und nahm damit die Hürde für das Stadtparlament. Sollte die Partei tatsächlich auch nur eine Stimme weniger erhalten haben, hätte dies auch für andere Parteien Konsequenzen. Die EVP würde ihre drei Sitze verlieren, drei andere Parteien erhielten je einen Sitz mehr. Gemäss provisorischen Berechnungen wären das SP, SVP und AL. (TA) – Seite 13

Seco-Affäre: Der Vorgesetzte tritt ab

Die Korruptionsaffäre im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat einen zweiten Abgang zur Folge: Der direkte Vorgesetzte des freigestellten und in Untersuchungshaft sitzenden Ressortleiters hat seine Funktionen abgegeben. Eine Seco-Sprecherin bestätigte entsprechende Recherchen. Der Vorgesetzte habe den Entscheid «insbesondere mit Rücksicht auf seine Gesundheit» getroffen. In der Seco-Hierarchie stand er zwischen dem Ressortleiter und dem Leiter der Direktion für Arbeit, Boris Zürcher, dessen Stellvertreter er auch war. (bro) Bericht Seite 5, Analyse Seite 9

Heute

International US-Kongress hebt die Schuldenobergrenze an

Der US-Kongress hat die Anhebung der gesetzlichen Schuldenobergrenze gebilligt. Nach dem Repräsentantenhaus stimmte gestern auch der Senat für das Gesetz. Damit ist die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit des Landes bis 2015 abgewendet. – Seite 6

Steuerstreit «Die neue Transparenz wird Steueroasen austrocknen»

Michel Duclos, der französische Botschafter in Bern, sagt, Frankreich und die Schweiz seien sich einig, dass Steuerbetrug nicht akzeptabel sei. Er glaubt, die Diskussion habe sich bald erledigt: «Wir steuern auf den automatischen Informationsaustausch zu.» – Seite 35

Telekommunikation Cablecom erhöht die Preise ihres Internetangebots

Für die Kunden der Cablecom gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht: Ihre Internetverbindung wird ab 1. April schneller, und sie wird teurer. Bestehende Kunden bezahlen jeden Monat 3 Franken mehr, für Neukunden sind es sogar bis zu 12 Franken mehr. – Seite 37

Kommentare & Analysen

«Wer kriegt welches Amt? Das Volk darf mitraten, hat aber nichts zu sagen.»

Jürg Rohrer zur Ämterverteilung im Zürcher Stadtrat. – Seite 13

In Paris tobt eine Wahlschlacht zwischen zwei Frauen. – Seite 7

Beilage



Reduziert auf ein einziges Lied, das vom Tod: Ennio Morricone.

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	20
Fernsehprogramme	28, 29
Stellen	30
Rätsel	33
Börse	39

